

Reisebericht Burundi 2019 (Stand Oktober 2019)

Politische Situation

Die Vorbereitungen für die Kommunal-, Parlaments- und Präsidentschaftswahlen am 20. Mai 2020 dominieren die politische Debatte. Der amtierende Präsident Pierre Nkurunziza hat zwar angekündigt, dass er keine weitere Kandidatur einreichen werde, aber keinerlei Hinweise auf eine mögliche Nachfolge gegeben. Ab Ende Februar 2020 können laut der Wahlkommission CENI die Kandidaturen eingereicht werden. Die unklare politische Zukunft Nkurunzizas sorgt nicht nur im Land selbst, sondern auch innerhalb seiner Partei CNDD-FDD für Spannungen und feuert Spekulationen an. Folgende Szenarien werden angesprochen:

- 1) Nkurunziza wird nicht kandidieren und er ernennt einen Nachfolger. Seine Partei CNDD-FDD bleibt weiter an der Macht.
- 2) Nkurunziza kündigt seine erneute Kandidatur an, was die schon bestehenden Konflikte in der CNDD-FDD befeuern würden und zu einem internen Machtkampf mit ungewissem Ausgang führt.
- 3) Die Wahlen werden verschoben.

Als gewiss gilt, dass trotz breiter Unterstützung seitens der Bevölkerung der prominenteste Oppositionskandidat, Agathon Rwasa von der CNL (Congrès National pour la Liberté), keine Chance auf einen Sieg haben wird. Nkurunziza hat zwar deutlich an Rückhalt in den ländlichen Regionen verloren und Rwasa ist es erlaubt, für Kampagnen auf dem Land Bujumbura zu verlassen. Dennoch gilt ein Sieg Rwasas aufgrund der angezweifelte Unabhängigkeit der CENI als sehr unwahrscheinlich. Viele Stimmen zweifeln zudem an der Abhaltung von fairen, freien und unabhängigen Wahlen. Kritiker meinen, dass die CNL von Regierungsseite nur toleriert wird, um die staatliche Rhetorik „eines stabilen Landes mit demokratischen Strukturen“ aufrecht zu halten und nach außen zu zeigen, dass sich die Situation im Vorfeld der Wahlen verbessert hat. Einige zivilgesellschaftlichen Stimmen kritisieren Rwasa, dass er dieselben Mittel wie die CNDD-FDD wie bspw. die Mobilisierung der Jugend nutzen und diese für seine politischen Ambitionen instrumentalisieren würde.

Im ganzen Land stehen sich die Anhänger der regierenden Partei CNDD-FDD und der CNL feindselig gegenüber. Besonders groß sind die Spannungen in den Provinzen Ngozi, Muyinga und Kirundo im Norden Burundis und Makamba im Süden. Zum Teil wurden örtliche Parteizentralen zerstört, wie die Geschäftsstelle der CNDD-FDD in der Provinz Cibitoke oder das Büro der CNL in der Gemeinde Nyabiraba in der Provinz Bujumbura. Die meisten Angriffe richten sich aber gegen die CNL. Seit Akkreditierung der Partei im März 2019 wurden bis Ende August 2019 mehr als 20 Parteibüros landesweit zerstört. Human Rights Watch dokumentierte in den ersten sechs Monaten 2019 drei Morde, vier Fälle von Verschwindenlassen und 24 widerrechtliche Festnahmen von CNL-Mitgliedern in acht Provinzen. Allerdings wird angenommen, dass die Zahl um einiges höher ist.

Weitere Oppositionsparteien wie die UPRONA haben auch angekündigt, einen Kandidaten in das Rennen zu schicken, besitzen aber nur eine geringe Unterstützung in der Bevölkerung.

Nkurunziza selbst, so heißt es, lebt in ständiger Alarmbereitschaft, hält sein Land aber in zwanghafter Ruhe und Repression. Viele Menschen sind durch die enorme Gewalt vor und während der letzten Wahlen 2015 traumatisiert und haben Angst. Die aktuelle Politik begünstigt diese Angst und die wenigsten Menschenrechtsverletzungen und Straftaten werden juristisch verfolgt. Die Fälle von

gewaltsamen Verschwindenlassen und Folter halten an. Sie werden oftmals nicht zur Anzeige gebracht, da es keine funktionierende Justiz und keine finanziellen Mittel für die Betroffenen und ihre Angehörigen gibt. Zudem ist die Angst vor Rache und Einschüchterung durch staatliche Akteure oder Jugendmilizen groß.

Demonstrationen finden im Vergleich zu der Situation vor fünf Jahren nur noch auf Regierungsseite statt. Regelmäßig organisieren regierungsnaher Institutionen oder die Regierung selbst Demonstrationen gegen vermeintliche Kritiker des Landes wie den Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen (VN) in Genf oder auch interne Kritiker wie die katholische Kirche. Dafür werden die Menschen mobilisiert. Regierungskritische Demonstrationen finden nicht mehr statt.

Landesweit übernehmen Jugendmilizen zunehmend die Kontrolle über das soziale und politische Leben. Besonders aktiv ist die gut strukturierte und im ganzen Land präsente regierungsnaher Miliz Imbonerakure. Bei Versammlungen treten oftmals deren Mitglieder anstelle von politischen Vertretern auf. Diese landesweite Kontrolle erschwert es der Opposition, Kampagnen abzuhalten und frei zu agieren. Es soll aber auch Mitglieder der Jugendmilizen geben, die enttäuscht von der Regierung und den leeren Versprechungen sind.

Immer wieder kommt der Vergleich mit dem Nachbarland Ruanda auf, welches als durchweg staatlich geregelte Autokratie alle Bereiche des Lebens kontrolliert, ein beliebtes Land innerhalb der Gebergemeinschaft ist und in diesem Sinne der burundischen Regierung als Vorbild dient. Außenpolitisch ist die Beziehung zwischen den beiden Ländern enorm angespannt.

Wahlen 2020

Die burundische Regierung zeigt sich ablehnend gegenüber einer Beobachtermission der Europäischen Union (EU) während der bevorstehenden Wahlen. Dafür gaben die EU den Auftrag der Wahlbeobachtung an die NGO „Impunity Watch“. Eventuell wird die Afrikanische Union eine Beobachtermission für die Wahlen entsenden. Auch die USA haben ihre Bereitschaft für eine Wahlbeobachtung signalisiert, allerdings unter der Prämisse der Einhaltung eines Minimums an rechtsstaatlichen Standards. Im September 2019 veröffentlichte die katholische Kirche einen Hirtenbrief, in dem sie sich gegenüber der Durchführung von freien, fairen und unabhängigen Wahlen 2020 aufgrund des angespannten politischen Klimas und den anhaltenden Menschenrechtsverletzungen skeptisch äußerte.

Die katholische Kirche wird nicht als Mitglied in der Wahlkommission CENI teilnehmen. Sie wird aber einen Beobachterstatus vor und während der Wahlen einnehmen und hat ein Komitee zur Sensibilisierung und staatsbürgerlicher Bildung für die Wahlen gegründet. Die anglikanische Kirche nimmt in der CENI aktiv teil. An der Spitze der CENI steht – wie auch in anderen Kommissionen (bspw. der Kommission für den nationalen Dialog) – ein dem Präsidenten nahestehender Vorsitzender.

Laut der burundischen Regierung werden die Wahlen 2020 komplett vom Staat finanziert. Dies bedeutet seit 2018 für die Bevölkerung zusätzliche Abgaben. Im August 2019 verkündigte die CENI, dass die zusätzliche finanzielle Belastung für die Bevölkerung nun abgeschlossen sei und die nötigen Gelder für die Wahlen fast eingenommen seien. Obwohl von offizieller Seite die Eintreibung der Gelder nun als abgeschlossen gelten, berichten Burunder, dass die Eintreibung der Zwangsabgaben weiter geht. Zudem muss die Bevölkerung zusätzliche Gebühren – neben den eigentlichen Steuern – zahlen, um andere finanzielle Löcher zu stopfen, was aufgrund der desolaten wirtschaftlichen Situation enorm schwierig ist. Der Korruptionsindex (CPI) für Burundi bleibt hoch und hat sich im Vergleich zu 2015 stark verschlechtert. Burundi liegt 2018 auf Rang 170 von 180 Ländern.

Internationale Gemeinschaft

Die bilaterale Kooperation mit den EU-Ländern ist seit 2016 suspendiert. Lediglich Frankreich hat im Juli 2019 die bilaterale und militärische Zusammenarbeit wieder aufgenommen. Der burundische Staatshaushalt leidet unter der Suspendierung der bilateralen Zusammenarbeit und versucht das finanzielle Defizit mit neuen Steuern und Abgaben auszugleichen. Auch Preiserhöhungen sind an der Tagesordnung. Die Regierung kündigte zudem im September 2019 an, die populären Wechselbüros schließen zu lassen, damit der Wechsel von Devisen nur noch über den offiziellen Wechselkurs und die staatlichen Banken läuft.

Aufgrund der fehlenden Rechtsstaatlichkeit und schlechten Menschenrechtsituation hat der Vizepräsident der Weltbank angekündigt, alle zukünftigen Infrastrukturprojekte in Burundi zu stoppen und nicht weiter zu finanzieren. Dies ist ein deutliches Signal an die burundische Regierung und wird in der Zivilgesellschaft unterschiedlich aufgenommen, da auch die Bevölkerung unter den Maßnahmen leidet. Eine staatliche Grundversorgung ist kaum noch gegeben.

Soziale und wirtschaftliche Situation

Enorme Unterschiede sind zwischen der Hauptstadt Bujumbura und anderen Regionen des Landes zu verzeichnen. Während in der Hauptstadt eine einigermaßen gute Versorgung an Nahrungsmitteln und Gütern des öffentlichen Lebens vorhanden ist, befinden sich vor allem die ländlichen Regionen in einer desolaten Lage. Die Nahrungsmittelproduktion wird außer durch naturräumliche Hemmfaktoren auch durch regionale Konflikte, Misswirtschaft und die Rückkehr von Geflüchteten erschwert. Die ausreichende Ernährung der Bevölkerung wird zunehmend zum Problem, v.a. in den ländlichen Bereichen. Rund ein Drittel der Bevölkerung ist ständig von Hunger bedroht.

Zwischen 60-70% der Einwohner Burundis sind unter 18 Jahren und haben wenig berufliche Perspektiven und Optionen. Die Arbeitslosigkeit ist vor allem unter den jungen Menschen sehr hoch. Neben der fehlenden Unterstützung bei Arbeitslosigkeit u.ä. fällt eine staatliche Versorgung der Bevölkerung auch in anderen grundlegenden Bereichen teilweise weg. Beispielsweise verfügt der Staat über keine ausreichenden Devisen, um Medikamente zu kaufen.

Aufgrund der ökonomischen Armut und politischen Stagnation beobachten Partner eine Verrohung der Werte einhergehend mit dem Anstieg von häuslicher Gewalt. Ferner nehmen die Fälle von sexualisierter Gewalt auch gegenüber Männern und Jungen zu. Die wirtschaftlich desolate Lage und Perspektivlosigkeit sollen auch die Ursachen der erhöhten Migrationsrate von (jungen) Frauen nach Dubai und in andere Golfstaaten sein. Es wird in dem Zusammenhang von einem mafiösen Netzwerk des Menschenhandels gesprochen, an dem ebenso Regierungsvertreter beteiligt sein sollen.

Die Themen Versöhnung und juristische Verfolgung von Menschenrechtsverletzungen spielen im politischen Leben keine Rolle mehr, da das offizielle Narrativ des stabilen Landes emporgehalten wird.

Arbeit von NGO

Lokale und internationale NGO berichten von einer schwierigen Zusammenarbeit mit politischen Verantwortlichen. Im administrativen Bereich stellen die burundischen Behörden höhere Hürden und Anforderungen an NGO wie bspw. aufwendige Registrierungsprozesse, die Verfügbarkeit von Anträgen und Dokumenten nur in Kirundi etc., was die operative Arbeit erschwert. Zudem mischen sich verschiedene Ministerien immer stärker in die inhaltliche Programmarbeit der NGO ein. Auch kirchliche Organisationen berichten von einer verstärkten Präsenz durch Regierungsvertreter in ihren Arbeitsbereichen. Die Behörden intervenieren auch in Rekrutierungsprozesse von Personal (wie die Besetzung von Direktoren-/Lehrerposten in kirchlichen Schulen). Laut Ankündigung des

Innenministeriums müssen internationale NGO ab Januar 2020 mit staatlichen Besuchen in ihren Organisationen rechnen. Die inhaltliche Programmarbeit wird auch durch eine neue Regelung, die sich auf die Erhebung von Daten bezieht, belastet. Alle Erhebungen von Daten bzw. die Erlaubnis für deren Erhebung durch NGO laufen über die staatliche Institution ISTEBBU (Institute de statistiques et d'études économiques du Burundi). Die Behörde entscheidet über die Freigabe der Daten. Diese Maßnahme greift in die Unabhängigkeit der Organisationen ein, da ohne Genehmigung der ISTEBBU und deren Freigabe von Daten, keine Recherche mehr betrieben werden darf. Somit drohen viele kritische Indikatoren, die auf Krisen (Gesundheit, Ernährung...) hinweisen, zensiert zu werden, um das Bild eines stabilen Landes ohne gravierende Probleme aufrechtzuerhalten.

Flüchtlingssituation

Das VN-Flüchtlingshilfswerk (UNHCR), Tansania und Burundi hatten im März 2018 ein Abkommen unterzeichnet, um die freiwillige Rückkehr von Geflüchteten nach Burundi zu bewerkstelligen. Im August 2019 unterzeichneten Tansania und Burundi zudem einen bilateralen Beschluss, 200.000 Geflüchtete bis Ende des Jahres nach Burundi zu schicken. Der UNHCR kritisierte dies und forderte von der Regierung Tansanias, burundische Geflüchtete nicht gewaltsam in ihr Heimatland zu deportieren, wo ihnen Gefahr für ihr Leben drohen könnte. Die erste Rückführungswelle fand Anfang Oktober statt. Zu diesem Zeitpunkt befanden sich noch circa 210.000 burundische Geflüchtete in tansanischen Camps. Zwar sind die Bedingungen in den Camps in Tansania für viele Geflüchtete schwierig, aber die meisten sehen sich mit denselben Problemen in Burundi konfrontiert. Das liegt auch daran, dass die burundische Regierung weder eine Strategie noch das Budget für die Wiederaufnahme der Menschen hat. Dies wiederum kann zu erneuten Spannungen zwischen den lokalen Gemeinden und den Rückkehrern führen, da die Versorgungslage für die meisten Menschen in Burundi enorm schlecht ist.

Seit dem Beschluss sind auch die Zahlen burundischer Geflüchteter im Osten der DR Kongo wieder gestiegen. Aus Angst, von Tansania nach Burundi geschickt zu werden, ziehen einige Burunder vor, in die DR Kongo zu fliehen. Immer wieder sollen Sicherheitsleute und Jugendmiliz-Mitglieder in den Flüchtlingslagern in Tansania und in der DR Kongo Geflüchtete einschüchtern, um diese zur Rückkehr nach Burundi zu bewegen.